

Erklärung der 21. Frauen-Alterssicherungskonferenz

07.07.2026

Alterssicherungspolitik

Die Bundesregierung hat gerade eine der größten Rentenreformen der vergangenen Jahre angekündigt, in dem die 33 Empfehlungen der Alterssicherungskommission „eins zu eins“ umgesetzt werden sollen.

Dabei sind einige wenige Vorschläge, die wir begrüßen. Zur tatsächlichen Vermeidung von Altersarmut mangelt es an substanziellen Vorschlägen.

Wir begrüßen:

- die Einführung eines Freibetrags in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,
- die Rentenversicherungspflicht von Minijobs ohne opt-out und
- die Einbeziehung von Selbständigen und Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung.

Kritisch bewerten wir hingegen:

- das Auslaufen der Haltelinie von 48%,
- die Einführung einer gesetzlichen Kapitalrente,
- die Anhebung der Regelaltersgrenze bei gleichzeitiger Beschränkung der Möglichkeiten des Bezugs einer vorzeitigen Altersrente.
- Es fehlen wirkliche Schritte zur Vermeidung von Altersarmut z.B. die Abschaffung der Anrechnung von Partnereinkommen beim Grundrentenzuschlag und eine deutlich höhere rentenrechtliche Bewertung von Care-Arbeit.

Um den Menschen zukünftig ein Gesamtversorgungsniveau von mindestens 70 Prozent zu ermöglichen, wie es auch die Alterssicherungskommission vorschlägt, sollte das **Rentenniveau** der gesetzlichen Rentenversicherung weiter stabilisiert und perspektivisch auf 53 Prozent angehoben werden. Als beste Ergänzung sehen wir eine **verpflichtende betriebliche Altersversorgung** mit einem essenziellen Arbeitgeberbeitrag, sozialpartnerschaftlich organisiert, die vor allem auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie Frauen erreichen muss.

Arbeitszeitpolitik

Die Bundesregierung plant eine Flexibilisierung der Arbeitszeit weg vom **8-Stunden-Tag**. Durch die Abschaffung des 8-Std-Tages und eine stattdessen geltende Wochenarbeitszeit droht eine Ausweitung der täglichen Arbeitszeiten auf bis zu 13 Stunden (inkl. Pausen). Begründet wird das mit mehr Flexibilität und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unfassbar vorbei an der Lebensrealität der Menschen!

Wir warnen vor den Risiken:

- Längere tägliche Arbeitszeiten erhöhen nachweislich das Unfallrisiko und können zu schweren gesundheitlichen Belastungen führen.
- Neben der Produktivität sinkt auch die Work-Life-Balance ganz erheblich.
- Frauen leisten immer noch den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit, was ihnen weniger Spielraum für eine erhöhte tägliche Erwerbsarbeit lässt.
- Längere Arbeitszeiten könnten diese Ungleichverteilung weiter verschärfen, da sie eher von Personen mit weniger Sorgeverpflichtungen übernommen werden – meist Männern.

Unsere Antwort: Hände weg vom Arbeitszeitgesetz